Abgelehnt: Mindestlohn Weiterbildung

Scharfe Proteste gegen Entscheidung der Bundesregierung

Seit einigen Jahren gibt es Bemühungen, die teilweise katastrophale Entlohnungssituation in der Weiterbildung – wo prekäre Beschäftigungsverhältnisse an der Tagesordnung sind – zu verbessern und etwa für die berufliche Bildung einen Mindestlohn zu vereinbaren (vgl. zuletzt EB 1/10). Diese Hoffnungen haben jetzt wieder einen Rückschlag erlitten. Am 4. Oktober 2010 wurde der Antrag der Tarifparteien auf einen Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit folgendem Statement abgelehnt: »Das gesetzlich vorgesehene Prüfverfahren ist abgeschlossen. Dem Antrag wird mangels Vorliegens eines öffentlichen Interesses an der Allgemeinverbindlicherklärung nicht stattgegeben.« Die Bundesregierung begründete die Ablehnung im Ausschuss Arbeit und Soziales vor allem damit, dass die Repräsentativität des Tarifvertrages nicht gegeben sei, da er nur 25 % der Beschäftigten binde und somit kein öffentliches Interesse vorläge.

Von den Oppositionsparteien, von den Bildungsträgern, hier vor allem vom BBB als Zusammenschluss der beruflichen Bildung, und von den Gewerkschaften kam heftige Kritik an dieser Entscheidung. »Wir kritisieren die Ablehnung des Mindestlohns in der Weiterbildungsbranche scharf und befürchten, dass die Schraube des Lohndumpings sich immer weiter fortsetzt«, betonte Petra Gerstenkorn, Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di): »Die drastischen Einsparungen bei den Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen gehen auf Kosten der Teilnehmer und der Beschäftigten. Diejenigen, die unter den immensen Sparmaßnahmen eine gute Arbeit machen, bleiben jetzt im Regen stehen.

Ihnen wird nicht einmal der Schutz durch den Mindestlohn gewährt.« Vom Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche wären rund 23.000 Beschäftigte, Pädagogen und Verwaltungsangestellte, betroffen gewesen. Dazu hatten Gewerkschaften und Arbeitgeber im Mai 2009 einen Tarifvertrag vereinbart, der als Grundlage für den Mindestlohn hätte dienen können. Er sollte für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit ein verbindliches Vergabekriterium bilden und Lohndumping verhindern. Danach erhielten Beschäftigte in der Verwaltung 9,53 Euro (Ost) bzw. 10,71 Euro (West), die pädagogischen Beschäftigten 10,53 Euro (Ost) bzw. 12,28 (West). Es sei völlig unverständlich, dass das Bundesarbeitsministerium es ablehne, diese Löhne für allgemeinverbindlich zu erklären, und damit gegen das öffentliche Interesse einer sozialen Schutzfunktion gegenüber Beschäftigten und den seriösen Trägern verstoße, erklärte Gerstenkorn von ver.di.

Billiganbieter

»Billiganbietern in der Aus- und Weiterbildung bleiben weiter Tür und Tor geöffnet. Weiterbildner werden mit Almosen abgespeist. Mit dem »Branchentarifvertrag Weiterbildung« wäre eine untere Haltelinie gegen Dumpinglöhne eingezogen worden«, sagte Ilse Schaad, Tarifexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit Blick auf die BMAS-Entscheidung. »Es bleibt das Geheimnis des Arbeits- und Sozialministeriums, warum es sich gegen einen Mindestlohn in der Weiterbildung sperrt: Arbeitgeber und Gewerkschaften sind sich einig, einen konkurrierenden Tarifvertrag gibt es nicht«, betonte Schaad. »Alle Sonntagsreden über die Bedeutung

des ›Lebensbegleitenden Lernens‹ sind Makulatur, wenn Menschen, die sich beispielsweise für die Eingliederung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit engagieren, Honorare von nicht einmal zehn Euro in der Stunde bekommen – wie es insbesondere in den östlichen Bundesländern Praxis ist. Gesellschaftlich wertvolle Arbeit, die hochqualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen leisten, muss auch gut bezahlt werden. Unseriösen Billigheimern, die schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bildungsqualität bieten, muss das Handwerk gelegt werden«, sagte die Tarifexpertin.

js

VON PERSONEN

Bei der Mitgliederversammlung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) im November 2010 wurde für drei Jahre der Vorstand des Ausschusses gewählt: **Lothar Harles** von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) als Vorsitzender, **Dr. Wolfgang Beer**, Evangelische Akademien Deutschland, als stellvertretender Vorsitzender, **Dr. Werner Blumenthal**, Konrad-Adenauer-Stiftung, und **Barbara Menke**, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, als weitere Vorstandsmitglieder.

Dr. Michael Reitmeyer ist seit dem 1. September 2010 neuer Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen. Neuer Stellvertreter ist **René Kollai**.

Elisabeth Bußmann, Leiterin Heimvolkshochschule Gottfried Kőnzgen Haldern, ist als Präsidentin des Familienbundes der Katholiken bestätigt worden.

Im Rahmen seiner November-Vorstandsklausur hat der KBE-Vorstand politische Gespräche mit **Marianne Schieder**, SPD, MdB, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und **Elisabeth Scharfenberg**, MdB, Sprecherin für Alten- und Pflegepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen geführt.